

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18000.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 80 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neuer Fliegerangriff auf London.

Balkanbund und mazedonische Frage

Wir erhalten vom Genossen Hermann Wendel folgende Zuschrift:

„Im Anschluß an die Artikel „Verständigungsfriede, Regierungssozialismus und Balkanproblem“ in Nr. 210 und 211 der L. V. möge folgende Feststellung einer Mißdeutung meiner Auffassung der Balkanfrage vordringen:

Wenn der Artikel in Nr. 210 sagt: „Den Standpunkt der eigentlichen Sozialdemokratie des Balkans, die die einzige Lösung des Balkanproblems in der föderativen Balkanrepublik sieht, in der auch Mazedonien ein selbständiges Glied bilden soll, lehnte Wendel als „utopisch“ ab, so ist das ein Irrtum, zu dem allerdings ein von mir nicht genügend ausgeführter Satz in dem Artikel „Bulgarien und Mazedonien“ in der J. A. den Anlaß geben konnte. In Wahrheit aber erscheint auch mir, da die Eroberungs- und Einmischungs-politik der Großmächte eine Hauptquelle aller Balkanurruhen war, die Absperzung und Ausschaltung des Imperialisimus vom Balkan durch einen festgelegten Bund der Balkanvölker unerlässlich. Den ganzen Komplex der Balkanfragen allerdings lediglich durch das Schlagwort: Föderative Balkanrepublik! lösen zu wollen, halte ich für einen oberflächlichen Utopismus. In diesem Sinne schrieb auch einer der Führer „der eigentlichen Sozialdemokratie des Balkans“, der Serbe Ljapowitsch, in der Wissenschaftlichen Balkanmonatschrift der serbischen Sozialdemokratie nach dem Schließen der zweiten sozialistischen Balkankonferenz: „Mit der Formel: Der Balkan den Balkanvölkern und eine föderative Balkanrepublik! ist das Balkanproblem nicht gelöst. In ihm stehen eine Menge Einzelfragen, von denen man eine deutliche Kenntnis haben muß und durch deren Lösung man erst zur Hauptlösung des Problems gelangt.“ (Vorba, 23. 8. 12.) Eine dieser Einzelfragen ist die mazedonische Frage, und ihre Lösung durch Anstellung Mazedonien unter Bulgarien und Serbien etwa auf Grund des Vertrages von 1912 wurde zwar zuerst von mir, dann aber auch von Karl Kautsky bestritten. (Neue Zeit, XXXV, 2. Nr. 17.)

Daher aber auch ich diese Lösung der mazedonischen Frage nur für eine Vorstufe zum Balkanbund ansehe, geht klarlich aus meinem Artikel in Nr. 171 der Wiener Arbeiter-Zeitung vom 24. Juni 1917 hervor, in dem es heißt: „Die Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien aber sieht die Worte zu dem Zusammenschluß sämtlicher Balkanstaaten auf. Da der eine auf den anderen angewiesen und als wirtschaftlicher und politischer Bund eine genügende Macht sind, um alle imperialistischen Unruhestifter vom Balkan fernzuhalten.“

Es ist gut, daß Wendel selber anerkennt, daß unsre „Mißdeutung“ seiner Auffassung der Balkanfrage durch einen nicht genügend ausgeführten Satz in seinem Artikel „Bulgarien und Mazedonien“ in der J. A. entstehen konnte. Der Satz lautete wörtlich:

„Der Krieg verlangt unmittelbar zu verwirklichende Lösungen, und mit der Forderung einer republikanischen Balkanföderation ist den Balkanvölkern so wenig gebietet, wie den hungernden Proletariern mit einer Verdrängung auf die sozialistische Gesellschaft.“

Würde es sich bei der Parole der republikanischen Balkanföderation bloß um ein billiges Schlagwort handeln, so hätte Wendel recht, wenn er dieser Parole eine „gesunde Wirklichkeitspolitik“ entgegenstellte. In Wirklichkeit zeigt aber schon sein Vergleich dieser Parole mit der „Verdrängung“ der hungernden Proletariats auf die sozialistische Gesellschaft, daß er sich bei einer Einschätzung der inneren Triebkräfte der Balkanpolitik auf dieselbe schiefe Ebene begab, wie jene bürgerlichen Kritiker der Sozialdemokratie, die geringfügig von der Idee des Sozialismus sprechen und den „Utopien“ der Sozialisten ihre „gesunde Realpolitik“ entgegenstellen. Zum Unterschied von ihnen erkennt Wendel freilich das „Endziel“ — hier also die Idee des Balkanbundes — an, in der Praxis verlegt er aber trotzdem das Schwergewicht in die „gesunde Realpolitik“, die ihn veranlaßt, die praktische Bedeutung des Kampfes um die föderative Balkanrepublik als quantität négligeable beiseite zu schieben. Hierin liegt der Differenzpunkt zwischen seiner und unsrer Auffassung. Während er den Schwerpunkt der Friedensarbeit auf dem Balkan in der „Verständigung“ der Regierungen erblickt, sehen wir die Hauptaufgabe der Sozialisten in der Gewinnung jener inneren Machtstellungen, die sie instand setzen würden, die heute „utopisch“ anmutende Idee der föderativen Balkanrepublik wenn auch nicht sofort zu verwirklichen, so doch, als notwendige Konsequenz des Weltkrieges, auf die Tagesordnung der Balkanpolitik zu setzen.

Ein solcher Standpunkt schließt eine Förderung jeder aufrichtigen und ehrlichen Friedensarbeit der bürgerlichen Diplomaten schon deshalb nicht aus, weil die Beseitigung der Reibungsflächen zwischen den sich heute bekämpfenden Balkanvölkern in der Richtung der sozialistischen Balkanpolitik liegt. Jeder Schritt in dieser Richtung ist aber nur eine „Abschlussschaltung“ auf das „Endziel“ der Balkanpolitik — die föderative Balkanrepublik, eine Abschlussschaltung, die den Blick nicht verwirren darf, weil jede andere Regelung als die Balkanrepublik angesichts der verworrenen Verhältnisse am

Balkan, außerstande ist, den Treiberrollen und Eifersüchteleien der Dynastien und Bourgeoisien des Balkans und den Intrigen der Großmächte am Balkan ein Ende zu setzen. Eben dies hat Genosse Kautsky im Auge gehabt, als er zwar eine serbisch-bulgarische Verständigung, etwa auf dem Boden der Abmachung von 1912, als ersten Schritt zum Frieden befürwortete, aber zugleich den Kampf der Balkansozialisten für eine föderative Balkanrepublik als die wichtigste praktische Aufgabe der Gegenwart bezeichnete. Freilich könnte man nicht damit rechnen, daß im Laufe dieses Krieges schon die Vorbedingungen jenes großen Staatswesens auf dem Balkan geschaffen würden. Aber ebenso wie das Ausmaß der Freiheit, das die Südslawen in Oesterreich erringen würden, hänge die Verwirklichung der Balkanrepublik vor allem von inneren Kämpfen ab, die der Friedensschluß nicht beende, sondern für die er vielmehr erst recht Raum schaffe.

„Zwei der wirksamsten, vielleicht die wirksamsten „materiellen Garantien“ für die Dauer des Friedens auf dem Balkan können nicht durch Grenzveränderungen geschaffen werden, sondern nur durch die Stärkung der demokratischen Elemente unter den Balkanvölkern. Je mehr die Art des Abschlusses des Krieges diese Elemente kräftigt und ihre Regenerationskraft, um so gelichteter wird der Friede sein. Darin besteht die wahrhafte „materielle Garantie“, die der internationalen Sozialismus anstreben hat — und nicht auf dem Balkan allein.“ (Neue Zeit XXXV, 2. Nr. 17.)

Diese Ausführungen zeigen, daß es mit der Uebereinstimmung des Genossen Kautsky mit Wendel doch nicht so weit her ist, wie dieser anzunehmen scheint. Wendel hat sich — allerdings mit bestem Willen — vollkommen darauf eingestellt, die bürgerlichen Diplomaten zu überreden, endlich Schluß zu machen und sich schließlich über die gemeinsamen Objekte ihrer Politik zu „verständigen“. Kautsky dagegen appelliert an die demokratischen Kräfte, durch eine entsprechende Machterweiterung einen solchen Abschluß des Krieges herbeizuführen, der den Frieden besser sichern soll, als die Verträge der Diplomaten und Regierungen dies vermögen.

Das Fiasco, das Wendel mit seinem Versuch der „Ueberredung“ nicht nur bei der bulgarischen und deutschen Diplomatie, sondern auch bei seiner eigenen Partei erlitten hat, die ihn durch den Mund Scheidemanns und des Parteivorstandes trennlos im Stich gelassen hat, zeigt am deutlichsten, wohin die von ihm vertretene „gesunde Wirklichkeitspolitik“ führt. Wie der bulgarische Gesandte D. Rizoff offen im Vorwärts aussprach, haben Wendels Artikel deshalb eine solche Erregung in Bulgarien ausgelöst, weil man annahm, daß Wendel — wohl als Mitglied der regierungssozialistischen Fraktion — den inoffiziellen Auftrag von der deutschen und österreichischen Regierung erhalten habe, auf Bulgarien im Sinne der Herabsetzung seiner Gebietsansprüche einzuwirken! Sein Selbstzug für die Verständigung endete also damit, daß er zum Regierungsagenten gestempelt wurde, was selbstverständlich seine Ideen und Ansichten vollkommen ihrer Werbekraft beim Proletariat des Balkans berauben mußte. Kautsky's Ideen dagegen und die aller jener Sozialisten, die unabhängig von Gunst oder Ungunst der Lage für die Nachsteigerung der Volksmassen eintreten und diese für ihre Ideen zu gewinnen suchen, wirken in den Massen fort und schaffen die Fundamente für die Verwirklichung jener Ziele, die heute unsere ach so kleinen Staatsmänner „utopisch“ anmuten mögen, die aber morgen, im Wirbel der geschichtlichen Ereignisse bei der Liquidation des Weltkrieges auf der Tagesordnung erscheinen können.

„So klug wie vor dem Freitag...“

Eine interessante, die politische Lage nicht ohne charakterisierende Auslassung enthält das Leipziger Tageblatt vom Montagabend. In einer Zuschrift, die das Blatt an leitender Stelle veröffentlicht, wird die melancholische Frage gestellt, woran das deutsche Volk nun nach den Reden der Herren Michaelis und von Kählmann sei. Es habe eine Klärung über viele bedeutsame Fragen erwartet, die es nötiger denn je brauche, aber die Freitagssitzung des Reichstags-Hauptausschusses habe diese Klärung nicht gebracht; ein Blick auf die Kommentare der Presse, ein kurzes Hinhorchen auf die neutralen Stimmen beweiße, daß die Unklarheit forsdauere. „Das deutsche Volk ist heute so klug wie vor dem Freitag.“ Die Neutralen stehen kopfschüttelnd da. Nein, wir sind eigentlich klüger dran, als wir vor dem Freitag: Heute haben wir es mit einer Partei des Reichstags und einer Partei seines Außenministers zu tun. Denn die

Rechte befehl Herr Michaelis, die Linke Herr von Kählmann mit Beschlag. Wo ist die einheitliche und klare Führung? Die Zuschrift fragt weiter, weshalb Bethmann gehen mußte, wenn sein Nachfolger „das Spiel mit mißverständlichen Worten, hinter denen sich der eine dies, der andere etwas ganz anderes denkt“, weiter spiele. Bethmann habe zwar ein gewiegter Außenminister gefehlt, aber dafür habe er in seiner Innenpolitik eine zielstrebige und glückliche Hand gezeigt und das Vertrauen der Arbeiterpartei in weitem Maße besessen, so daß die große Mehrheit des Volkes nach dieser Seite blickte, nur noch den Wunsch gehabt habe, auch bei der Führung der auswärtigen Angelegenheiten einen bewährten Steuermann zu sehen. Es bestehe die Gefahr, „daß wir das Spiel der feindseligen Regierungen erleichtern gegenüber ihren Vätern, vor denen sie sich jetzt mit Hinweisen auf die aus Deutschland kommenden Zweifel zu rechtfertigen suchen.“ Und also kommt der Verfasser schließlich zu der kategorischen Forderung: „Die bevorstehenden öffentlichen Vollstimmungen des Reichstages müssen Klarheit bringen. Die Entwirrung der Lage ist heute das erste Gebot der Stunde. Die eingeschränkte Öffentlichkeit hat Unterstellungen Vorschub geleistet. Im vollen Lichte der Deffektivität müssen die letzten Zweifel beseitigt werden.“

Die Zuschrift ist ein bemerkenswertes Anzeichen der großen Unzufriedenheit, die die Reichstagsmehrheit nach der Freitagssitzung des Hauptausschusses empfand. Die Presse des Mittelbunds hat zwar im allgemeinen versucht, auch aus dem gar nicht wohlklingenden Blumenstrauß, den ihr die Regierung in der Ausschusssitzung überreicht hat, noch Honig zu saugen, aber die staatsmännlich schäuernden Gesichter, die sie dabei schneidet, verraten dem kritischen Beobachter nur zu deutlich, wie wenig wohl es ihr bei diesem auf Selbsttäuschung oder auf Täuschung der Deffektivität hinauslaufenden Beginnen ist.

Es mag freilich auch Leute unter den Männern der Mehrheit geben — und vermutlich sind es gar nicht so wenige —, die sich in dem Zwielicht, das die Reden der Herren Michaelis und Kählmann verbreitet haben, ganz wohl fühlen, weil sie in dieser Dämmerung am bequemsten das allmähliche Hinüberweichen zu den „Waterlandischen“ völkischen Können, zu denen sie schon Scharen ihrer Anhänger wie Schafherde andrängen sehen. Aber von diesen innerlich Traumenklügeren können wir hier ganz absehen. Das Gebahren jener Blockelemente, die noch zu der arg zerfetzten Fahne vom 19. Juni halten, ist schon kläglich genug und offenbar den Bankrott der Mehrheit in voller Größe. Es gibt nichts Zerfahreneres als die Stellung, die die Presse der drei Blockparteien in diesen Tagen eingenommen hat. Es ist ein trampschaftes Bemühen, den Schein zu retten. Ein verzweifelter Versuch, der Regierung einzureden, daß sie in der Friedensfrage mit der Mehrheit durchaus auf einem Boden steht. Solche ehrliche Eingeständnisse wie sie die von uns angezogene Zuschrift des Leipziger Tageblattes enthält, solche Ruhe nach Klarheit sind eine seltene Ausnahme. Dieses Ausweichen vor den Tatsachen wird den Blättern der Mehrheit freilich erleichtert durch die Taktik der alldeutschen Presse, ihre Befriedigung über die Haltung der Regierung nur mit starken Vorbehalten kundzutun. Die Herren um Neuvontlow und Bestarp halten es für klug, mit ihrem Lob zurückzuhalten, um die Regierung auf der betretenen Bahn nach rechts, also weiter vorwärts zu treiben. Das Triumphgefühl läßt sich aber doch nicht ganz verbergen, und einige Blätter der Rechten sind ganz unstaatsmännlich damit herangeplagt. So schrieb die Rheinisch-Westfälische Zeitung unter der Ueberschrift: „Wir gehen nicht auf's Glatte“, daß die Rede des Reichskanzlers „eine staatsmännliche Tat ersten Ranges nicht nur nach außen, sondern auch nach innen“ gewesen sei.

Und ähnlich, wenn auch nicht so prononciert, urteilte die Tägliche Rundschau. Diesen ehrlichen Stimmen aus dem alldeutschen Lager lassen sich fast gar keine ebenso offenen Anerkennnisse befehlen was ist aus dem Lager der Mehrheitsparteien gegenüberstellen. Einige kleine Provinzialblätter der Regierungssozialisten haben schwere Bedenken ausgesprochen und eines, die Märkische Volksstimme zu Kottbus, machte ihrem gerechten Herzen in einem Artikel Luft, der die heischende Ueberstürzung „Auf dem Geleise der Alldeutschen“ trug. Die größere Presse der Abhängigen indes wandelte ausnahmslos in den Fußspuren des Vorwärts bezw. Stämpfers, und in ihr kann man lesen: „In der Sache ist freilich heute schon kein Zweifel, daß die Regierung mit der Reichstagsmehrheit Friedenspolitik treiben muß.“ Wenn man außerhalb des Lagers der Unabhängigen Sozialdemokraten eine sozialistische Stimme von Bedeutung hören will, die sich nicht auf Schönfärberei einläßt, so muß man schon über die Grenze